

Niederschrift

JHA/022/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 14.03.2024

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied (ab 17:08 Uhr - TOP 4)
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände (ab 17:08 Uhr - TOP 4)
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände (bis 19:09 Uhr - TOP 11)
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia	Ausschussmitglied f. Katho- lische Kirche
Frau Andrea Bischoff	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat (ab 17:59 Uhr - TOP 5)
Frau Nina Jansen	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Be- hinderung
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evan- gelische Kirche (ab 17:38 Uhr - TOP 4)
Frau Cosima Rottmann	Jugendamtse Elternbeirat
Frau Sabine Schillack	Ausschussmitglied f. Schu- len

Vertreter:

Frau Laura-Jane Klein	BfR	Vertretung für Herrn Christi- an Evers
Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
Herr Henning Wilde		Vertretung für Frau Mona Gedicke

Gäste:

Herr Horst Tippelt (Dialogicon)	Präsentation TOP 4 (Vorlage 108/24)
Frau Anja Schnellenberg (FBS) Herr Jan Philipp Zimmermann (FBS: Vertretung für Ulrike Paege)	Präsentation TOP 5 (Vorlage 101/24)
Frau Corina Friedrichs (jfd/Sprecherin AG 78) Herr Sascha Hönekamp (Kath. Jugendwerk Rheine/Stellv. Sprecher AG 78)	Präsentation TOP 11 (Vorlage 098/24)

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Katja Käschner	PV Kindergärten und Kinder- tagespflege
Frau Diana Möllers	PV Kinder- und Jugendar- beit und Spiel- und Freizeit- flächen
Herr Christoph Wellerling	Leiter ASD

Frau Annette Wiggers
Frau Andrea Atrott

Jugendamtsleiterin
Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Carla Zachey		AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Mona Gedicke	Interessensvertreterin Jugendteam
Frau Andrea Gehring	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Während der Sitzung verschiebt Herr Fühner, aufgrund der entschuldigten Verspätung von Frau Bischoff, den Tagesordnungspunkt „Informationen aus dem Familienbeirat“ von TOP 4 auf TOP 6.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/021/2024 über die öffentliche Sitzung am 24. Januar 2024

Frau Leskow bezieht sich auf eine Stelle in der Niederschrift zum Projekt „Quartiersarbeit im Sozialraum“ und fragt, wer den Antrag dazu stellen müsse (*Niederschrift 24.01.2024 – TOP 6 – Vorlage 020/24 „Stellenplan 2024, SB 2 – Jugendamt, PG 21“ – Absatz 5 + 6*).

Herr Gausmann antwortet, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über einen ausgelaufenen Antrag zur Quartiersplanung mit Drittmitteln gesprochen worden sei. Um die Quartiersar-

beit im Schotthock weiter abbilden zu können, erwarte die Verwaltung einen Antrag des Trägers, dem Caritasverband Rheine e. V.

Ansonsten gibt es weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Neben den vorliegenden Informationen gibt Herr Gausmann an, dass ein Gespräch mit dem Jugendamtselternbeirat, dem Bürgermeister und ihm zum Thema „Erhöhung der Kita-Gebühren“ stattgefunden habe. Es sei ein offenes und konstruktives Gespräch ohne Einigkeit gewesen. Man wolle gemeinsam an einem Strang ziehen und weiterhin im Gespräch bleiben, um eine gute qualifizierte Arbeit in den Kitas zu ermöglichen.

Er führt weiter aus, dass ein Antrag des Evangelischen Kirchenkreises zur 100%igen Übernahme des Trägeranteils vorliege. Die Verwaltung werde im Juni 2024 eine Beschlussvorlage mit detaillierten Informationen zur Verfügung stellen (*Vorlage 198/24*). Der Trägeranteil der Verwaltung liege derzeit bei 50 %. Alleine für diese beiden Kitas würde das 80.000,00 Euro jährlich bedeuten. Da dieser Antrag nicht isoliert betrachtet werden dürfe, werde für die Vorlage ein gesamtes Rheiner Modell erstellt.

Zudem gebe es außerhalb der Expertise-Diskussion ein Interessensbekundungsverfahren von educare Bildungskindertagesstätten gGmbH zur Beteiligung am Modellprojekt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und Rheinland (LWL) für die experimentelle Betreibung einer inklusiven Kita für die Betreuung von Kindern der Basisleistung II. Dieser Antrag sei beim Landesjugendamt eingegangen, ohne dass der örtliche Träger der Jugendhilfe daran beteiligt worden sei. Die Verwaltung sehe im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung die Beteiligung einer KiBiz-Einrichtung an dem Modellprojekt als kritisch an und werde den LWL entsprechend informieren.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Ergebnisbericht zur Prozessqualifizierung im Allgemeinen Sozialen Dienst Vorlage: 108/24

Herr Fühner zieht diesen Tagesordnungspunkt von Platz 5 auf 4 vor.

Herr Gausmann gibt an, dass Herr Tippelt (*Geschäftsführer Beratung vom Institut Dialogicon*) in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung das Profil der Beteiligung habe vorstellen wollen, was aufgrund des Bahnstreiks ausgefallen sei. Der Ursprung der Untersuchung sei gewesen zu prüfen, wie qualitativ und quantitativ die Hilfen zur Erziehung in der ambulanten und stationären Hilfe aufgestellt seien, um aus der Analyse ohne Qualitätseinbußen mögliche Handlungsoptionen zu entwickeln. Herr Tippelt habe diesen Prozess mit unseren Mitarbeitenden im Allgemeinen Sozialen Dienst konstruktiv begleitet und werde die Ergebnisse vorstellen. Die Verwaltung beabsichtige, für die Juni-Sitzung eine Handlungsvorlage zu entwickeln.

Herr Horst Tippelt (Institut Dialogicon) trägt seine Präsentation vor (**Anlage 1**).

Frau Overesch hebt hervor, dass es – wie es damals schon gesagt worden sei – darum ginge zu prüfen, ob die Mittel effektiv eingesetzt würden und nicht um zu sparen.

Herr Hewing äußert, dass er aus dem Vortrag die Aussage „Vakanzen würden Kosten schaffen“ hervorheben wolle; der ASD müsse möglichst gut gepflegt werden. Viele Hilfeverläufe würden sich durch zu langanhaltende familiengerichtliche Verfahren verzögern.

Herr Hülsbusch äußert, dass Vakanzen nicht nur teuer seien, sondern zu Lasten der Kinder und Jugendlichen gehen würden. Rheine sei bei den Schnittstellenthemen mit den verschiedenen Diensten gut aufgestellt, jedoch müsse die Struktur im Netzwerk weiterentwickelt werden, damit die Wartezeiten der Kinder verkürzt werden könnten.

Frau Egelkamp äußert, dass die klassischen Säulen der ambulanten und stationären Hilfen nicht mehr die Lösungen seien. Sie bezieht sich auf die in der Präsentation genannten zu entwickelnden kreativen Fallideen und bittet Herrn Tippelt, etwas über die dazu geführten Diskussionen zu sagen.

Herr Tippelt antwortet auf die Frage von Herrn Hewing, dass die 40%ige Situationsverbesserung der Familien im ambulanten Bereich im Vergleich zu anderen Kommunen eher gering sei. Als Erklärung nennt er Stellenvakanzen, Handlungsdefizite bürokratischer Natur sowie verfestigte familiäre Situationen. Manchmal sei Geduld gefragt, bis sich Veränderungen, z. B. durch eine Elterntrennung, ergeben würden.

Auf die weitere Frage von Herrn Hewing, ob es bei den Rückführungen altersspezifische Kriterien geben würde, antwortet er, dass der Bewertungsbogen der Gleiche sei. In der Bewertungseinschätzung werde das Alter berücksichtigt und fallspezifisch besprochen.

Auf die Frage von Frau Egelkamp nach kreativen Ideen nennt Herr Tippelt einige Beispiele:

- Die Behörde in Hamburg würde den Verein SC Sternchance im Schlachthofviertel fördern, der Jugendliche zu Spielführern und Schiedsrichtern ausbilden würde, um ihnen Verantwortung zu übergeben. Das würde sich positiv auf das Viertel auswirken, welches früher keinen guten Ruf gehabt hätte.
- Ein autistisches Mädchen, die ihr Glück bei der Feuerwehr gefunden hätte.
- Ein gut aufgestellter ASD könne Zeitressourcen für eine formlose Betreuung einsetzen.

Herr Hewing formuliert, Herrn Tippelt so verstanden zu haben, dass Rheine gute ASD-Arbeit leiste, aber das Fachcontrolling weiterzuentwickeln sei.

Herr Tippelt fügt hinzu, dass bezüglich der Alternativen auch auf die Jugendhilfeinfrastruktur und die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfeplanung geschaut werden könne.

Herr Fühner äußert, dass der Bericht der Tätigkeit im ASD eine hohe Qualität mit Verbesserungspotential bestätigt habe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Instituts Dialogicon den Ergebnissen des Projektes zur Prozessqualifizierung „Fallanalyse und Fallmanagement der ambulanten und stationären Erziehungshilfen“ zur Kenntnis.

5. Frühe Hilfen – Willkommensbesuche der Neubürger/-innen **Vorlage: 101/24**

Herr Fühner zieht diesen Tagesordnungspunkt von Platz 6 auf Platz 5 vor.

Herr Gausmann gibt an, dass es ein Auftrag des Ausschusses gewesen sei, sich mit den Willkommensbesuchen zu beschäftigen. Die Familienbildungsstätte (FBS) führe im Auftrag der Stadt Rheine seit 2012 die Besuche der Frühen Hilfen durch.

Frau Anja Schnellenberg (FBS-Projektkoordinatorin für die Willkommensbesuche) und Herr Jan Philipp Zimmermann (FBS-Leiter in Steinfurt), der heute die Leiterin der FBS Rheine, Frau Ulrike Paege, vertritt, stellen ihre Präsentation (**Anlage 2**) vor.

Herr Fühner bezieht sich auf das Elternbegleitbuch, welches im Jugendhilfeausschuss vor ca. 10 Jahren auf den Weg gebracht und die FBS mit der Verteilung an gewordenen Eltern beauftragt worden seien.

Frau Schnellenberg antwortet auf die Bitte von Frau Leskow, dass die jetzige Printausgabe des Elternbegleitbuches auf der Homepage der Stadt Rheine ([Informationen](#)) zum Download ([Elternbegleitbuch](#)) zur Verfügung stehen würde.

Weiter antwortet sie auf die Frage von Herrn Fühner, dass die Mitarbeitenden bisher keine grenzwertigen Erfahrungen gemacht hätten.

Herr Zimmermann fügt hinzu, dass Besuche vorher angekündigt würden.

Frau Schnellenberg vereint die Frage von Frau Richter, ob Familien aufgrund von Sprachbarrieren nicht erreicht würden. Sie bezieht die Frage von Frau Overesch mit ein und antwortet, dass ihnen kein Dolmetscher-Pool zur Verfügung stehe. Die Kommunikation erfolge bei Sprachbarrieren mit Händen und Füßen und einem digitalen Internetübersetzer. Einige Familien würden sich für den Besuchstermin selber um einen Übersetzer kümmern.

Herr Zimmermann antwortet auf die Frage von Herrn Richter, dass sich der Honorarbetrag in den letzten Jahren kaum verändert habe und dieser sicherlich durch Frau Paege in den Blick genommen werden müsse.

Frau Schnellenberg antwortet auf die Frage von Frau Overesch, dass die App noch neu sei und diese vermutlich im Laufe der Zeit von mehr Familien genutzt werde.

Frau Overesch stellt an die Verwaltung die Frage, ob die Höhe der Frühen Hilfen dynamisiert sei.

Zu der Finanzierungsfrage erklärt Herr Gausmann, dass der Topf „Frühe Hilfe“ mit jährlich rund 40.000,00 Euro von der Bundesstiftung „Frühe Hilfen“ und mit 10.000,00 Euro eigenen Mitteln aus dem Rheiner Haushalt gespeist werde. Die Stadt Rheine zahle sogar mehr, da einiges aus anderen Bereichen verschoben werde. Die FBS könne einen Antrag zur Honorarerhöhung stellen, damit über eine auskömmliche Finanzierung für den wichtigen Besuchsdienst gesprochen werden könne. Als familienfreundliche Stadt sei es wichtig, jedes neugeborene Kind in einer Familie willkommen zu heißen. Zudem könne bei einem Besuch geschaut werden, ob es den Kindern in der Familie gut gehe.

Aus den rund 50.000,00 Euro des Haushaltsplanes werde neben dem Elternbegleitbuch und den Besuchsdiensten auch eine Familienhebamme gefördert. Mit dem Bunten Kreis Westmünsterland gebe es eine Vereinbarung, bestimmte Unterstützungsangebote für Frühchen im Krankenhaus Matthias-Spital zu erbringen.

Auf die Frage von Herrn Beckmann antwortet Herr Gausmann, dass für das Nachdrucken des Elternbegleitbuches rund 10.000,00 Euro anfallen würde. Eine geringere Auflage würde die Kosten nicht reduzieren. Die Geschenke seien etwas teurer.

Herr Gausmann antwortet auf die Frage von Frau Jansen, ob das Elternbegleitbuch in leichter Sprache umformuliert und gedruckt werde, dass für die Übersetzung in leichter Sprache geplant sei, eine KI-gestützte Software anzuschaffen. Diese solle die Kollegin unterstützen, die in leichter Sprache ausgebildet sei.

Auf die Frage von Frau Leskow antwortet er, dass er eine Übersetzung des Begleitbuches in 50 Sprachen für schwierig halte. Die Übersetzung in leichter Sprache könne auch Personen mit Migrationshintergrund bei ihren Sprachbarrieren unterstützen. Es gebe viele Übersetzungsmöglichkeiten; neben den Übersetzungshilfen im Internet verfüge der Caritasverband über einen Sprachmittlerpool.

Herr Fühner regt an, mittel- oder langfristig mehrsprachige Versionen digital darzustellen, zumindest in Englisch.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zu den Willkommensbesuchen zur Kenntnis.

6. Informationen aus dem Familienbeirat

Da Frau Bischoff eingetroffen ist, ruft Herr Fühner diesen Tagesordnungspunkt auf (*ursprünglich TOP 4*).

Frau Bischoff informiert, dass der Familienbeirat gemeinsam mit dem ETuS (*Eisenbahner Turn- und Sportverein 1928 e. V.*) einen Familienwaldtag für den 20. April 2024 plane.

Sie führt weiter aus, dass bei Online-Beantragungen des Familienpasses die „weiteren Angehörigen“ nicht eingegeben werden könnten, wie es beispielsweise auf der Karte möglich sei. Zudem werde ein falsches Logo gezeigt. Der Familienbeirat habe dazu Gesprächsbedarf mit der Verwaltung.

7. Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe - Kümperskinder e. V. Vorlage: 065/24

Herr Gausmann führt aus, dass vor ungefähr einem Jahr über die Trägervergabe für verschiedene Tageseinrichtungen für Kinder diskutiert worden sei; unter anderem auch für die im Emsaunquartier Walshagen, ehemals Kümpers, wofür es nur einen Bewerber, die Kümperskinder e. V., gegeben habe. Aufgrund der fehlenden Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe habe der Verein nicht die formalen Voraussetzungen für die Übernahme einer Trägerschaft erfüllt. Deshalb sei die Vergabe ausgesetzt worden. Die Vereinsvertreterinnen und -vertreter der Kümperskinder e. V. hätten ihren Verein in der Sitzung vorgestellt und es sei über die inhaltliche Ausgestaltung der Vereinssatzung diskutiert worden. In mehreren anschließenden Gesprächen zwischen dem Verein, der Kita-Abteilung und Frau Wiggers hätten viele Fragen geklärt werden können. Weil noch keine dreijährige Tätigkeit im Bereich der Jugendhilfe vorliege, stehe eine Ermessensentscheidung an. Für die Übergabe der Kita müssten weitere Punkte abgebildet werden, z. B. dass ein Träger einer Tageseinrichtung für Kinder einem Spitzenverband der freien Wohnfahrtspflege angeschlossen sein müsse. Im Januar 2024 habe der Ausschuss der Verwaltung den Auftrag gegeben, eine Betreuungsalternative zu realisieren, da die Kita im Emsaunquartier nicht pünktlich fertig werde. Im Juni 2024 werde sowohl die Anerkennung der Trägerschaft (*Vorlage 135/24*) als auch die alternativen Standorte auf der Tagesordnung stehen.

Frau Lücke äußert, dass die Verwaltung den Ermessensspielraum in Aussicht stellen würde, werde von der SPD als positiv angesehen, da viele Erzieherinnen, die dort künftig arbeiten würden, über mehrjährige Berufserfahrungen verfügen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Verein Kümperskinder e. V. als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Bedarfsfeststellung nach dem Kinderbildungsgesetz für das Kindergartenjahr 2024/2025 Vorlage: 080/24

Herr Gausmann gibt als Korrektur bekannt, dass es auf Seite 3 der Vorlage im Satz „Zum jetzigen Zeitpunkt erhalten 17 zweijährige Kinder und 63 einjährige Kinder keinen Kitaplatz“ nicht 17, sondern 45 zweijährige Kinder heißen müsse.

Mittlerweile hätten 10 einjährige und 18 zweijährige Kinder einen Kitaplatz erhalten. Seit der Veröffentlichung der Vorlage hätten sich weitere Änderungsbedarfe an den Belegungszahlen ergeben; die Liste liege den Ausschussmitgliedern vor:

St. Joseph Rodde	Gruppenform III/I	4 Kinder von III a nach I a
St. Joseph Rodde	Gruppenform III/I	9 Kinder von III b nach I b
St. Elisabeth	Gruppenform I	1 Kind U3 von I b nach I c
St. Elisabeth	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von I b nach I a
St. Elisabeth	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von I b nach I c
St. Franziskus	Gruppenform I	2 Kinder U3 von I a nach I b
St. Franziskus	Gruppenform I	1 Kind U3 von I c nach I b
St. Dionysius	Gruppenform I	1 Kind U3 von I a nach I b
St. Dionysius	Gruppenform I	1 Kind U3 von I a nach I c
St. Dionysius	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von I b nach I c
Haus der Kinder St. Martin	Gruppenform III	1 Kind von III a nach III b
St. Marien	Gruppenform III	1 Kind von III b nach III c
St. Bonifatius	Gruppenform III	1 Kind von III b nach III c
St. Marien Mesum	Gruppenform I	1 Kind U3 von I a nach I b
St. Marien Mesum	Gruppenform III	1 Kind zusätzlich in III a
St. Marien Mesum	Gruppenform III	3 Kinder zusätzlich in III b
St. Marien Mesum	Gruppenform III	1 Kind von III c nach III a
St. Marien Mesum	Gruppenform III	1 Kind m. Beh. weniger in III b
St. Josef Mesum	Gruppenform I	1 Kind U3 von I a nach I b
St. Josef Mesum	Gruppenform III	1 Kind weniger in III c
St. Mariä Heimsuchung	Gruppenform I	2 Kinder Ü3 von I b nach I c
St. Mariä Heimsuchung	Gruppenform III	1 Kind m. Beh. weniger in III b
St. Ludgerus Elte	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von I c nach I b
St. Ludgerus Elte	Gruppenform III	1 Kind von III c nach III b
St. Ludgerus Elte	Gruppenform III	1 Kind m. Beh. weniger in III b
Jfd Kita Gartenstadt	Gruppenform III	1 Kind zusätzlich in III c
Jfd Kita Thieberg	Gruppenform III	1 Kind von III b nach III c
Jfd Kita Löwenzahn	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von I b nach I c

Jfd Kita Löwenzahn	Gruppenform III	1 Kind in III b wird I-Kind
Kinderland Nienbergstraße	Gruppenform II	1 Kind von II c nach II b
Kinderland Nienbergstraße	Gruppenform I	1 Kind Ü3 von I b nach I c
Kinderland Nienbergstraße	Gruppenform III	1 Kind von III b nach III a

Es sei gelungen, die Überbelegungen weiter zu reduzieren.

Ihm bereite es Sorgen, dass aufgrund des Fachkräftemangels, Fluktuation und Krankheit von Mitarbeitenden das umfassende Angebot in den Kitas nicht mehr an 365 Tage im Jahr vorgehalten werden könne. Auf der Tagesordnung der Juni-Sitzung werde die Kitabedarfsplanung der nächsten Jahre stehen.

Herr Fühner kommentiert, da es immer Bewegung bei den Belegungszahlen geben würde und da die Zahlen morgen dem Landesjugendamt gemeldet werden müssten, nehme er die hier verteilte Änderungsliste für die heutige Beschlussfassung mit auf. Wie immer an dieser Stelle erwähne er die gleichwertig zu sehende Betreuungsqualität der Kindertagespflegepersonen und Träger von Spielgruppen mit ihren alternativen Angeboten.

Frau Leskow bezieht sich auf den auf Seite 3 der Vorlage stehenden Satz „Hinzukommen 15 Betreuungsplätze für Ü3-Kinder in der Kindertagespflege, die aus unterschiedlichen Gründen noch keine Kita besuchen“ und fragt, welche Gründe das seien.

Herr Gausmann antwortet, dass es keine Kitapflicht gebe und sich Eltern beispielsweise bewusst für eine Tagespflege oder für eine auf Kinder mit Behinderung spezialisierte Tagespflege entscheiden würden oder weil vielleicht das jüngere Geschwisterkind auch noch dort hingehen würde.

Frau Overesch begrüßt, dass die Überbelegungen weiter gesunken seien, wofür auch eine Menge getan worden sei. Sie fragt, ob sich durch Corona oder Fachkräftemangel das Anmeldeverhalten verändert habe. Ihr sei in der Liste der Anlage die „-10“ (*Kita St. Elisabeth*) aufgefallen und frage nach dem Grund.

Herr Gausmann antwortet, dass sich das Anmeldeverhalten nicht verändert habe, sondern die Angebote ausgebaut worden seien und weitere Kitas gebaut würden. Die Kita St. Elisabeth sei auf zwei Standorte mit einer Containerlösung verteilt, weil die derzeitige Kita abgerissen sei und die Inbetriebnahme der neuen Kita erst für den 1. August 2025 anstehe. Da unterjährig wieder mit vielen Zuzügen zu rechnen sei, sei er über die freien Plätze froh. Es habe Jahre gegeben, wo die Verwaltung bereits im Januar keinen einzigen Platz mehr habe abbilden können.

Herr Fühner erinnert, dass im Jahr 2009 die Anzahl der im Jugendamtsbezirk Rheine tätigen Kindertageseinrichtungen bei ungefähr 30 gelegen habe. Der Ausschuss habe eine Bereisung vorgenommen um zu schauen, wo Gruppen und Einrichtungen geschlossen werden könnten. Heute, 15 Jahre später, liege die Zahl bei 48 und über weitere werde in den kommenden Sitzungen zu beraten sein.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung im Benehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen erarbeiteten Ergebnissen für jede einzelne Kindertageseinrichtung (Anlage 1) zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2024/2025 zu.
2. Gleichzeitig wird den Trägern im Vorgriff auf den noch zu erstellenden Bewilligungsbescheid

das notwendige Budget garantiert, um auf dieser Basis zeitnah die Betreuungsverträge mit den Eltern schließen zu können.

3. Der Jugendhilfeausschuss erteilt der Verwaltung des Jugendamtes den Auftrag, kommende Änderungen für das Kindergartenjahr 2024/25 zu prüfen und im Einvernehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen bei der Belegung zu berücksichtigen.
4. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem von der örtlichen Jugendhilfeplanung ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege (375 Plätze für U3-Kinder und 15 Plätze für Ü3-Kinder), die von 76 Kindertagespflegepersonen angeboten werden, zu.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass U3-Plätze, die im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, vorrangig mit Kindern unter drei Jahren zu belegen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Fördertatbestände zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz ab dem Betreuungsjahr 2024/25
Vorlage: 067/24**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und antwortet auf die Frage von Herrn Hewing, ob andere Kommunen oder Kreise diese Förderung in Anspruch nehmen würden, dass der Kreis Steinfurt das machen würde. Dort sei die Regelung getroffen worden, dass wenn eine Kita über eine 35-Stunden-Betreuung hinaus flexibel genug sei, um eine gewisse Personenanzahl 45 Stunden zu betreuen, zusätzliche Mittel erhalte. Dieses sei im KiBiz nicht abgebildet, so dass händische Listen geführt werden müssten. Falls dass für alle Träger in Rheine gemacht werden sollte, würden für den hohen Verwaltungsaufwand die 500.000,00 Euro nicht ausreichen.

Frau Fettich erklärt, dass es in der AG 78 unterschiedliche Ansätze ohne Lösungen gegeben habe. Flexibilisierung sei im Moment nicht möglich. Deshalb begrüße sie das Wort „vorerst“ und halte diesen Beschlussvorschlag als ein gutes Zeichen gegenüber der Landespolitik.

Herr Schomaker fragt, ob im Falle einer späteren Inanspruchnahme Fristen zu beachten seien und sich die auf zwei Haushaltsjahre verteilten Förderanteile verändern würden.

Herr Gausmann antwortet, dass die Mittel automatisch der Stadt Rheine als öffentlicher Träger der Jugendhilfe überwiesen werde. Am Ende des Kitajahres müsse dargelegt werden, was davon verbraucht worden sei. Somit würden keine Fristen versäumt werden. Eine Unterarbeitsgruppe der AG 78 habe die Landespolitik eingeladen, um über den § 48, den Fachkräftemangel und die Kita-Finanzierung zu diskutieren.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Förderung „Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz“ ab dem Betreuungsjahr 2024/25 vorerst nicht in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Sanierung und Erweiterung der Kita St. Josef/Mesum im Zusammenhang mit einer Umwandlung von einer GF III in eine GF II
Vorlage: 091/24

Herr Gausmann informiert, dass der Träger 300.000,00 Euro Eigenmittel beisteuern werde. So etwas sei eher eine Ausnahme und er danke dem Träger und dem Bistum Münster dafür.

Frau Overesch bezieht sich auf den noch ausstehenden Bewilligungsbescheid und fragt, was passieren würde, wenn die Mittel nicht fließen werden. Des Weiteren fragt sie, ob eine energetische Sanierung durchgeführt werde. Und wenn ja, ob auch dafür Förder- und Drittmittel beantragt worden seien.

Herr Gausmann antwortet, dass es die Bedingung „vorbehaltlich der baufachlichen Prüfung“ gebe; diese Prüfung liege jedoch noch nicht vor. Falls keine Landesmittel fließen würden, würde das alle gemeinsam überfordern. Es werde geschaut, auf welchen Standard die energetische Sanierung werde stattfinden können und welche Mittel dafür zu bekommen seien, die sowohl den städtischen als auch den Trägeranteil reduzieren würden.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, vorbehaltlich der baufachlichen Prüfung, dem Träger der Kita St. Josef, Nielandstr. 32 in 48432 Rheine, der kath. Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer, Rheiner Str. 13 in 48432 Rheine, einen Investitionskostenzuschuss aus kommunalen Mitteln in Höhe von 450.700 Euro zu gewähren und gleichzeitig erwartete Landesmittel in Höhe von 709.300 € weiterzureichen.
2. Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung, bis zu 50 % der Landesmittel, die über die veranschlagten 709.300 € hinausgehen, für begründete Mehrausgaben dem Träger zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Wirksamkeitsdialog in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Rheine
Vorlage: 098/24

Herr Fühner übergibt die Sitzungsleitung an Frau Leskow.

Frau Wiggers führt in die Vorlage ein.

Die Sprecherin der AG § 78 Kinder- und Jugendarbeit Corina Friedrichs (Jugend- und Familien dienst Rheine e. V.) und ihr Stellvertreter Sascha Hönekamp (Kath. Jugendwerk Rheine e. V.) stellen ihre Präsentation vor (**Anlage 3**).

Herr Fühner übernimmt den Vorsitz wieder.

Frau Egelkamp, Frau Lücke, Herr Beckmann und Herr Hewing heben hervor, dass diese alternativen Hilfen im präventiven Bereich für Kinder- und Jugendliche wichtig seien.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Wirksamkeitsdialog in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Rheine zur Kenntnis.

12. Zwischenbericht zum Kinder- und Jugendförderplan 2021-2026 und Beauftragung des Kinder- und Jugendförderplans 2027-2031
Vorlage: 099/24

Frau Wiggers führt in die Vorlage ein und gibt unter anderem an, dass in der Umsetzung des Plans, aber auch bei der Erstellung des künftigen Kinder- und Jugendförderplans, die Partizipation – also die umfassende Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der gesamten Akteure im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit – nach wie vor hohe Priorität habe. Der Pandemie-Zeitraum habe dazu beigetragen, dass bestimmte Maßnahmen verzögert und nur mit dem Ausprobieren neuer Methoden und Ansätze der Herangehensweisen haben umgesetzt werden können. Die Maßnahmen hätten flexibel an die gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden müssen. Neben neuer medialer Wege sei der persönliche Zugang zu den Zielgruppen der Kinder- und Jugendlichen gesucht worden. Damit der neue Kinder- und Jugendförderplan mit der gleichen Qualität und dem hohen Beteiligungsmaß aller Akteure erfolgen könne, sei die genannte Vorbereitungszeit notwendig.

Frau Overesch fragt, wann der Jugendtreff „JUPP“ geschlossen worden sei und wie es dazu gekommen sei. Weiter fragt sie, wie der neue Treff „PRIDE“, über den Herr Timpe in der letzten Sitzung berichtet habe, frequentiert werde.

Frau Wiggers antwortet, dass der Treff das „Wohnzimmer“ neu eröffnet und das Jugendzentrum „JUPP“ aufgrund von fehlenden Personalkapazitäten geschlossen worden sei. Langfristig werde die Verwaltung schauen, welche Standorte künftig sinnvoll seien, was der neue Kinder- und Jugendförderplan auch abbilden werde.

Die Beratungsstelle „PRIDE“ sei im „Bistro Charly“ angedockt. Es sei ein spezielles Angebot, das gut anlaufe und sich auf Dauer etablieren werde.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Zwischenbericht zum Kinder- und Jugendförderplan 2021-2026 zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, den 5. Kinder- und Jugendförderplan 2027-2031 zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Renovierungsliste der Freizeitflächen 2024
Vorlage: 097/24

Herr Gausmann gibt an, dass die aufgeführte Anlage nicht der Vorlage beigelegt worden sei, weil die große Liste wegen der Reduzierung der Haushaltsmittel von 95.000,00 Euro auf 45.000,00 Euro nicht mehr aktuell gewesen sei. Neben der erforderlichen neuen Beschilderung würden notwendige Renovierungsmaßnahmen durchgeführt. In diesem Jahr werde die Hasenhöhle eröffnet.

Er gibt weiter an, dass die Verwaltung vorschlage, die Skateanlage beim TV Jahn nicht zu renovieren. Am Samstag werde die Besichtigungsfahrt zu einer Dortmunder Freizeitanlage stattfinden. Wenn in Rheine eine Jugendfreizeitanlage mit Pumptrack, Skate- und Dirt-Bike-Anlage usw. realisiert werden solle, könnten die 45.000,00 Euro Renovierungskosten für die Skateranlage, dafür gespart werden.

Frau Leskow kommentiert, die SPD hoffe, dass es durch die einmalige Reduzierung zu keinen Qualitätsbeschränkungen kommen werde.

Herr Richter betont, wie wichtig das Thema „Freizeitfläche“ sei.

Herr Fühner äußert, dass der Unterausschuss Freizeitflächen, früher Unterausschuss Kinderspielflächen, sich immer für entsprechende Qualitäten eingesetzt habe und einsetzen werde. Er halte die einmalige Reduzierung für tragfähig.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in der Begründung benannten Maßnahmen an den Freizeitflächen im Haushaltsjahr 2024 zu realisieren, vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2024 durch den Rat der Stadt Rheine.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Abbau der Skateranlage beim TV Jahn.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Anfragen und Anregungen

Herr Hewing bezieht sich auf das durchgeführte Bubble-Soccer-Turnier unter dem Motto „Jugendarbeit trifft Jugendpolitik“, welches vom Stadtjugendring durchgeführt worden sei und nach seiner Kenntnis jährlich stattfinden würde. Er regt an, dass die Jugendpolitiker/-innen das Format des Turniers nutzen, um in den Austausch mit engagierten Jugendlichen zu kommen.

Frau Leskow greift das Thema ebenfalls auf. Die Politik mache für die politische Partizipation von Jugendlichen Werbung und sie würde sich mehr Anwesenheit von politischen Einwohner/-innen, sachkundigen Bürger/-innen und Ratsmitgliedern wünschen.

Ende des öffentlichen Teils: 19:19 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin